

**Erstausgabe in Leipzig**  
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
**Abonnementpreis**  
 für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.  
 pro Quartal.  
**Wochen-Abonnement**  
 4 Pf.  
 werden bei allen deutschen Postämtern  
 auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
 2. Monat beliebig angestimmt.  
**Inserate**  
 für Veranlagungen pro Zeile 10 Pf.,  
 für Veranlagungen pro Zeile 20 Pf.

# Vorwärts

**Bestellungen**  
 nehmen an alle Buchhandlungen und Buchhandlungen des In- und Auslands.  
**Verkaufsstellen**  
 New-York: Mr. J. J. G. Jones, 177 Elm St., corner Broome. — Mr. J. J. G. Jones, 248 West — 37 St.  
 Philadelphia: B. G. 508 North 3rd Street.  
 J. G. N. E. box Charlotta & George St.  
 Golden N. J.: J. H. G. 215 Washington St.  
 Chicago: H. G. 13 Clybourne Ave.  
 San Francisco: J. G. 418 O'Farrell St.  
 Boston W.: W. G. 37 A Prince St. Leicester Sq.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 66.

Freitag, 7. Juni.

1878.

### Congress der Sozialdemokraten Deutschlands!

**Parteigenossen!**  
 Wie seit mehreren Jahren regelmäßig, so wird auch in diesem Jahre ein Congress der Sozialdemokraten Deutschlands zu Gotha, und zwar vom 15. bis 18. Juni, stattfinden.  
 Zutritt zu dem Congress haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt werden.  
 Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congress Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimiren; außerdem ist es notwendig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten C. Derossi, Hamburg, Holzdammer 42, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt. Delegirte, welche ohne vorgeschriebenes Mandat erscheinen, haben nur auf ausdrücklichen Beschluß des Congresses Zutritt.  
 Der Congress beginnt am Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, um seine Konstituierung noch am selben Abend im Kaltwasserischen Lokale vorzunehmen.  
 Alle Zuschriften, betreffend Quartiere u. c., sind an Bruno Straube, Genossenschaftsbuchdrucker in Gotha, zu richten.  
 Hamburg, 27. Mai 1878.  
 Das sozialistische Centralwahlcomité Deutschlands.  
 W. B. Hartmann, J. Braß, K. Geib, C. Derossi.

### Angebot und Nachfrage.

I.  
 Es scheint der Mühe werth und bedarf wohl keiner Entschuldigung, wenn die beiden obigen Begriffe einmal einer besonderen scharfen Behandlung unterworfen werden.  
 Wie wenig Lebenserfahrung gehört doch dazu, um zu wissen, daß der Preis einer Waare (oder eines Dienstes) steigt, wenn davon mehr verlangt als angeboten wird, und sinkt, wenn der umgekehrte Fall eintritt. Allein gerade von den bekanntesten Erscheinungen gilt, daß ihr Wesen am längsten unbekannt bleiben kann. Das diese Bemerkung ganz besonders auf die Begriffe des Angebots und der Nachfrage anwendbar ist, hat sich erst jüngst wieder herausgestellt, bei der Besprechung nämlich der Marx'schen Werththeorie und der Schäßfischen Ausstellung daran. Die letztere tabelt ja eben an der ersteren, daß sie den Tauschwerth ohne Rücksicht auf Angebot und Nachfrage, lediglich durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt werden lasse. Die drei Einander von Besprechungen dieser Streitfrage kommen zu drei verschiedenen Ergebnissen, drei verschiedenen Auslegungen des Marx'schen Werthbegriffs. Versuchen wir nun der Sache näher zu treten, ohne zunächst von dem letzteren auszugehen, indem wir Beispiele vorausschicken.  
 Der Gebrauchswert der aus Handgespinnst gefertigten Leinwand ist größer als derjenige der aus Maschinengespinnst gewebten. Sie befriedigt mehr menschliche Bedürfnisse als diese, weil sie beuümter länger hält und durch den Gebrauch längere Zeit hindurch nur besser wird, die menschliche Haut wohlthuerender berührt und weniger der Fälschung unterworfen ist. Trotzdem ist ihr Tauschwerth nicht größer, sondern wohl geringer als der von Leinwand aus Maschinengespinnst, welche schöner aussieht, aber die Flachsfaser in verschleierterem Zustande verarbeitet enthält. Da nun aber der Geschmack der Käufer und andere Umstände die Hausleinwand (die aus Handgespinnst gemacht) fast ganz aus dem Markte verdrängt hat, so wird sie von Kennern mitunter viel theurer bezahlt als die andere; ihr Preis wird durch ein Mehr der Nachfrage und ein Weniger von Angebot gesteigert. Aus diesem Beispiele ergibt sich, daß Gebrauchswert, Tauschwerth und Preis — Begriffe, welche die alte Nationalökonomie stets und mitunter absichtlich verwechselte, scharf unterschieden werden müssen.  
 Das Gemälde eines Meisters befriedigt wenige menschliche Bedürfnisse, in der That nur ein einziges, das des Schönheitsfinnes; und auch dieses nur bei verhältnismäßig wenigen Menschen; für die meisten anderen hat es vielleicht weniger Gebrauchswert als die ungefarbte Leinwand. Der Tauschwerth aber sehr hoch in einer Culturnation, welche davon die Seltenheit würdigt, die Arbeitszeit mitbezahlt, welche der Meister zur Erlernung seiner Kunst und zur Herstellung des Kunstwerks nötig gehabt hat, und sich mit dem Alleinbesitz desselben spreizen will. Der Preis aber wird innerhalb derselben Nation im Laufe der Zeit ganz bedeutend wechseln können, je nachdem mehr oder weniger Liebhaber des Kunstwerks vorhanden oder bemittelt und eitel auf den Besitz sind, je nachdem der eben herrschende Kunstgeschmack wechselt, zumal wenn das Bild außerhalb der Cultursphäre verkauft werden muß. Aus diesem Beispiele ergibt sich wieder die große Verschiedenheit der Begriffe Gebrauchswert, Tauschwerth und Preis; zugleich aber zeigt sich schon hier, daß der erstere ein sinnliches Ding, der zweite ein äußerliches Ding, der dritte aber beides zugleich ist oder sein kann, nämlich entweder eine vorgestellte Summe Geldes, oder dieselbe Summe greifbares Geld.  
 Ein Schußscheiben über eine Million Geldes hat gar keinen Gebrauchswert, weil er gar keine menschlichen Bedürfnisse befriedigt bis dahin, daß er gegen Gebrauchswerte umgetauscht werden kann, also ein Tauschwerth geworden ist. Dann aber ist sein Tauschwerth und sein Preis genau eines und dasselbe, kann sehr bedeutend wechseln wie man es häufig an der Börse

sehen kann, ja ganz verloren gehen und erweist sich in diesem Falle als ein Scheinwerth je nachdem Angebot und Nachfrage gegen einander die Rollen wechseln. Dennoch verlangt er, so lange er seinen Tauschwerth behält, mit gleichviel Gebrauchswert bezahlte und obendrein regelmäßig verzinst zu werden. Dieses Beispiel lehrt genau dasselbe, was die beiden ersten Beispiele lehrten, aber zugleich noch etwas Neues: Gebrauchswert, Tauschwerth und Preis können in einander übergehen und sich bedecken, obwohl sie weit verschieden sind.  
 Wie verhalten sich nun Angebot und Nachfrage zu Gebrauchswert und Tauschwerth und Preis? — Nun, ein Gebrauchswert als ein wirkliches Ding, eine Waare oder fertige Arbeit, verhält sich gleichgültig gegen Angebot und Nachfrage, und umgekehrt. Das Pfund Fleisch, Brod oder wollene Strümpfe wird nicht im Mindesten nutzlos, wenn die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot abnimmt. Noch tritt der umgekehrte Fall ein; wenn das Angebot gegenüber der Nachfrage wächst, oder wenn es abnimmt — immer bleibt die nützliche Waare gleich nützlich, und man kann damit nur immer dasselbe Maß menschlicher Bedürfnisse befriedigen. So einfach und selbstverständlich dies ist, so notwendig ist es, darauf eine besondere Aufmerksamkeit zu lenken, wie wir noch sehen werden.  
 Ganz anders mit dem Tauschwerth. Da dieser bloß in den Köpfen, in den Werthvorstellungen und in den Vereinbarungen der Menschen besteht, so werden Angebot und Nachfrage fort und fort verändernd darauf einwirken. Wie die Menschenwelt bisher ist und gewesen ist, wird für ein Pfund Fleisch, Brod oder wollene Strümpfe mehr andere Arbeitsfrucht angeboten werden, wenn viele Kaufstücker da sind, von denen jeder damit seine Bedürfnisse befriedigen will, als wenn deren wenige da sind. Und wenn es weniger Pfunde Fleisch, Brod oder wollene Strümpfe im Markte gibt, während die Zahl der Kaufbegierigen dieselbe bleibt oder vorher, so wird derselbe Fall eintreten, es wird mehr Arbeitsfrucht als vorher dafür angeboten werden. Und ganz derselbe Vorgang wird plattgreifen, wenn wir das Verhältnis unter dem Gesichtspunkte der Nachfrage betrachten. Mit andern Worten: die Menge der Käufer und die Menge der Waare im Markte stehen im umgekehrten Verhältnis. Und dieses Verhältnis wird unter Umständen aus einem umgekehrten arithmetischen ein umgekehrtes geometrisches werden. Weil z. B. die Menge der großen und fehlerfreien Diamanten im Markte weit geringer ist gegenüber der Menge der Kaufstücker, so wird für einen doppelt so großen Diamanten ein vierfach so großes Maß von Waare, für einen dreifach so großen ein neunfach so großes, für einen vierfach größeren ein sechzehnfach größeres angeboten werden.  
 Und wieder anders wirken Angebot und Nachfrage auf den Preis ein. Denn dieser hängt nicht bloß von der Werthvorstellung der Menschen, sondern zugleich von der Menge des vorhandenen allgemeinen Tauschmittels, des Geldes, ab. Weil die Menschen sich gewöhnt haben, nicht mehr Waaren gegen Waaren, sondern Waaren gegen Geld, und dann Geld gegen andere Waaren auszutauschen, weil sie also für ihre eigene Waare erst Geld bekommen müssen, ehe sie dafür fremde Waare erlangen können, und weil das Geld nicht bloß Werthmesser und Stellvertreter von Werth, sondern daneben auch selbst Waare oder Tauschwerth ist, so ändert sich bei jeder Preisbestimmung, welche in Geld erfolgt, der Tauschwerth zweimal. Zuerst wird in der Werthvorstellung der Austauschenden die eine Waare gegen den Geldwerth abgeschätzt, und dann der Geldwerth gegen die andere Waare. Der Preis wird also durch eine zweifache Waarenabschätzung bestimmt, bei welcher Angebot und Nachfrage einwirken, bei welcher die Menge der Käufer und die Menge der Waaren im Markte in's umgekehrte Verhältnis eintreten. Und so wenig dieser Vorgang im gewöhnlichen Leben vieles und tiefes Nachdenken erfordert, so verwickelt wird er nun für die wissenschaftliche Untersuchung.  
 Wir werden uns die letztere erleichtern, wenn wir uns vorher ein wenig unter dem Gewähr der Waaren umsehen. Da finden wir deren eine Anzahl von Arten, welche als Waaren gelten, während sie doch das wesentlichste Merkmal der Waare nicht an sich tragen — sie können nicht die Hände wechseln, nicht abgeliefert werden, nicht ohne Weiteres menschliche Bedürfnisse befriedigen, bevor die Menschengesellschaft sie dazu hergibt und beordert. Dahin gehören der Boden und seine Schätze, die Luft, das Licht, die Sonnenwärme und — der Mensch. Diese alle werden nur infolge von Menschengesetzen zur Waare und dem Angebot und der Nachfrage unterworfen. Bleiben wir beim Menschen stehen. Er kann also unter menschlichen Gesetzen zugleich Käufer und Waare sein, Waare, wenn er in Innerafrika geschlachtet, verkauft und gefressen wird; Waare, wenn er als Sklave verhandelt, mißhandelt oder zur Arbeit gepeitscht wird; Waare, wenn er als Lohnarbeiter sich täglich selbst, d. h. seine Arbeitskraft verkaufen muß, oder gar seine Frau und Kinder. Als Lohnarbeiter ist er zugleich Waare und Käufer des eigenen Lebensunterhalts und Verkäufer seiner selbst. Als solcher ist er dem Angebot und der Nachfrage unterworfen, ganz wie jede Waare, bestimmt aber zugleich als Käufer und Verkäufer den Tauschwerth und die Preise aller Waaren mit. Durch seine Bedürfnisse, welche befriedigt werden müssen, wird er zur Nachfrage nach solchen Waaren gezwungen, ohne welche er nicht bestehen, geschweige denn seine Arbeitskraft verkaufen könnte, und durch den Verkauf seiner Arbeitskraft vermehrt (oder unter Umständen vermindert) er alle Waaren und die Menge der Arbeitskräfte im Markte.  
 Daß dies unnatürlich ist, unvernünftig, selbstwidersprechend, so daß die wissenschaftliche Untersuchung der Gesetze von Angebot und Nachfrage nicht rein für sich vorgenommen werden kann, leuchtet ein. Wir müssen, um ihre Wirkungen unbeein-

flußt von Störungen, betrachten zu können, einen Zustand voraussetzen, in welchem der Mensch in keiner Weise Waare, sondern lediglich Käufer und Verkäufer von Waare ist. Wir müssen aber zugleich voraussetzen, daß die heutige durch Wissenschaften und Künste ungemein gesteigerte und steigerebare Produktivkraft der menschlichen Arbeit in diesem Zustande fortbauere. Wie wirken dann Angebot und Nachfrage? — Nun, das Gemälde wird vollständig anders.  
 (Schluß folgt.)

### Aus Oesterreich.

Wien, 31. Mai.  
 Für Oesterreich hat sich ein Lehmann noch immer nicht gefunden, der eine bequeme Handhabe zu Maßregelungen der Sozialdemokraten bieten würde. Man setzt dieselben daher ohne Lehmann in Scene. Es war wohl nicht notwendig, daß der geniale Reichskanzler, der Alles so schön erfüllt, wofür man im Jahre 1848 gestritten hat, unsere Regierung aufforderte, Hand in Hand mit der deutschen und russischen einen Feldzug gegen die Sozialdemokratie zu eröffnen, oder vielmehr denselben rücksichtslos als bisher fortzusetzen, denn in diesem Punkte hat es unser Ministerium stets sehr gut verstanden, die Initiative zu ergreifen.  
 Um so sonderbarer klingt es, wenn die liberalen Blätter über dies Ansehen Bismarck's außer sich gerathen. Man weiß nicht, soll man lachen oder sich ärgern über die Frechheit, mit der sie Oesterreich als einen freien Staat hinstellen. Die Neue Freie Presse, welche, von Beaconsfield besoldet, schon längst von ihrer Berechtigung für den russischen Reichskanzler abgenommen ist, macht sich in folgender Weise Luft: „Um wie viel entrüsteter muß das Volk in Oesterreich, in Frankreich, in Italien die Jumentung von sich weisen, mit dem Leipziger Klempnergesellen identifiziert zu werden! Geht es denn nicht das Vorgehandensein von Königsmördern in Rom, Wien, Paris als feststehende Prämissen statuiren, wenn man den dortigen Kabinetten anhängt, aus Veranlassung des Schusses, der unter den Linden in Berlin abgefeuert wurde, im eigenen Hause Razzias und Polizeizehen zu veranstalten? ... Der sozialen Uebel giebt es leider überall genug, und zwar bestehen sie nicht erst seit gestern; aber durch den Polizeistatut sie zu beseitigen, ist russische Therapie; wo Verfassungen und Gesetze in Kraft (?) und Volksvertretungen (??) in Funktion sind, ist man an andere Heilmethoden gewöhnt (??).“  
 So der Schnack, der in demselben Blatte die Anzeige von dem Verbot einer Volksversammlung hätte lesen können — wenn er gewollt hätte. Die Gesetze sind bei uns nicht in Kraft, das Volk nicht vertreten und wir daher an andere Heilmethoden als Treppow'sche nicht gewöhnt. Dennoch waren selbst wir überrascht, als die österrische Regierung die Schamlosigkeit so weit trieb, und nicht nur faktisch, sondern sogar formell mittelst eines Erlasses das Versammlungsrecht suspendirte! An sämtliche Landesherren ist nämlich die Weisung ergangen, gar keine Volksversammlungen, und möge die Tagesordnung Volkswimmer sein, zu gestatten. So erfolgt Verbot auf Verbot — jedes natürlich auf Grund des famosen Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes. Für den 26. Mai ist eine Volksversammlung in Wien angesetzt mit der Tagesordnung: „Die Wiener Zeitungen“ — staatsgefährlich! für den 27. Mai eine in Graz, Tagesordnung: „Die Grazer Zeitungen“ — staatsgefährlich! für den 2. Juni eine in Florisdorf, Tagesordnung: 1) „Das allgemeine direkte Wahlrecht“, 2) „Wie kann den Arbeitern geholfen werden“ — staatsgefährlich!  
 Der Suspendirung des Versammlungsrechts reiht sich würdig an die Suspendirung der Freiheit und Unabhängigkeit des Richterstandes. In Oesterreich existiren bekanntlich Geschworenengerichte, der Reichsrichter hat bloß das Strafmaß zu bestimmen. Obgleich in der Bestimmung desselben Niemand bisher etwas von einer außerordentlichen Gutmüthigkeit unserer Richter verspürte, hält man es doch für gerathen, den Richter ganz zum Werkzeug der Regierung zu machen und ihm mit Maßregelung zu drohen, wenn er sich nicht gefügig zeigt, wie aus folgendem Erlass des Brünner Oberlandesgerichts hervorgeht:  
 „In Ansehung des exorbitanten Umfangs, in welchem von dem außerordentlichen Wählerrecht Gebrauch gemacht wird, theile ich vollkommen das tiefe Bedauern, welchem der Herr Ober-Staatsanwalt über diesen durch berebte Biffen konstairten wahrhaften Mißbrauch Ausdruck giebt. Gegenüber der Freiheit des richterlichen Urtheils kann allerdings eine Abhilfe, soweit es die Spruchpraxis der Berufungsgerichte anbelangt, gar nicht, und bei den Urtheilen der Gerichtshöfe erster Instanz nur mittelst des im § 283 Strafprozeßordnung gewährten Berufungsrechtes der Staatsanwaltschaft getroffen werden.  
 Ich nehme aber keinen Anstand, hiemit unumwunden zu erklären, daß derjenige Richter, welcher, unbekümmert um die immer greller hervortretenden Konsequenzen einer kurzfristigerweise geübten Mißbe, die Ausnahme zur Regel zu erheben und so das Strafgesetz zu korrigiren sich anmaßt, seinem Beruf nicht entspricht, und daß ich dieses Urtheil über einen solchen Richter bei passender Gelegenheit praktisch zur Geltung zu bringen nicht unterlassen werde.“  
 Die kurzfristige liberale Partei läßt solche Dinge ruhig vor sich gehen, ohne zu bedenken, daß der Spieß auch einmal gegen sie umgedreht werden kann. Allem Anschein nach wird man auf diesen Augenblick nicht allzulange warten müssen.  
 Immer jämmerlicher und offenkundiger wird die Heßheit des Liberalismus immer zudersichtlicher die Haltung der „staatsrechtlichen“ Opposition. Graf Hohenwart, ihr Führer, der nicht

gewohnt ist, mit Brafen um sich zu werfen, und nicht etwas spricht, was er nicht verantworten kann, meinte unlängst bei der Ausgleichsdebatte im Abgeordnetenhaus, er wolle das Ministerium nicht allzusehr angreifen, denn gegen Sterbende müsse man nachsichtig sein.

So weit hat es der Liberalismus in Oesterreich gebracht, daß ein reaktionäres Ministerium, weil es gegen die Liberalen reagiert, die Volksherrschaft fördern muß. Ein ultramontan-feudal-föderalistisches Ministerium müßte, um sich eine breitere Basis geben und die Herrschaft der Bourgeoisie, welche ihm feindlich ist, zu untergraben, das Wahlrecht erweitern, vielleicht sogar das allgemeine Wahlrecht gewähren. Es gewänne dadurch das Landvolk, wir aber würden einige Siege in den Industriebezirken Wien, Reichenberg und Graz gewinnen. Die Liberalen würden auf die wenigen Territorien beschränkt, in denen das Kleingewerbe das dominierende Element ist.

Die staatsrechtliche Opposition weiß es, daß die Sozialisten die einzigen dunklen Flecken sind, welche den Himmel des allgemeinen Wahlrechts für sie trüben konnten. Während die Liberalen den Sozialismus geringschätzig über die Achseln ansehen, ist die Partei des „Vaterland“ — unjenerer Kreuzzeitung — eifrig bemüht, eine antisozialistische Agitation ins Leben zu rufen. Daher wurde der bekannte Sozial-Conservative Rudolf Meyer in die Redaktion des „Vaterland“ berufen, welches seitdem den Sozialismus eifrig und im Gegensatz zu den liberalen Journalisten, welche die Sozialdemokratie nur aus dem Conversationslexikon kennen — wenn sie dieselbe überhaupt kennen — gründlich unterfucht.

Nachdem schon wiederholt im „Vaterland“ auf die Nothwendigkeit eines christlich-sozialen Arbeiterblattes hingewiesen worden, ist endlich vor wenigen Wochen durch ein Circular, welches in den Reihen des Adels und der kirchlichen Würdenträger verbreitet wurde, der Anstoß zur Gründung einer christlich-sozialen Partei gegeben worden, welche beiläufig allerdings nur durch die Presse sich bemerkbar machen will, unmöglich aber, für den Fall, daß sie Erfolg haben will, auf dies Gebiet allein sich beschränken kann. Uns kann ein Kampf nur erwünscht sein. Er erweckt die Indifferenten aus ihrer Letargie, er zwingt das Volk zum Nachdenken — und wenn das Volk nur einmal selbstständig zu denken anfängt, dann haben wir gewonnenes Spiel.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Zum neuen Attentat. Für Leipzig und Umgegend brachte der „Vorwärts“ Montag den 3. Juni folgendes Extrablatt:

Der Urheber des letzten Attentats auf den deutschen Kaiser, Dr. Nobiling, war im amtlichen statistischen Bureau des Dr. Engel zu Berlin beschäftigt — getäuschter Ehrgeiz (er hatte sich vergeblich um eine Stelle im landwirtschaftlichen Ministerium beworben) scheint das Motiv der That gewesen zu sein. In dem Zimmer, aus welchem Nobiling geschossen, fand man Exemplare der „Germania“ und der „Leipziger Zeitung“. Nach einem Berliner Telegramm hätte Nobiling bekannt, daß er „sozialdemokratische Versammlungen besucht habe“. Diese Notiz, deren denunziatorischer Zweck in die Augen springt, ist dahin zu berücksichtigen, daß Nobiling, wie uns telegraphirt wird, sozialdemokratische Versammlungen in Dresden zu besuchen pflegte, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Dr. Nobiling, der in Halle und Leipzig Landwirtschaft und Volkswirtschaft studierte, zeichnete sich in Leipzig durch prononciert national-liberale Parteilichungen aus und war einer der eifrigsten Sozialistengegner in dem bekannten Debattierklub des Professors Birnbaum; er verließ Leipzig vor zwei Jahren und begab sich mit Empfehlungen Prof. Roscher's nach Dresden, wo er im statistischen Bureau arbeitete, und dann nach Berlin, wo er, wie schon bemerkt, ebenfalls eine Zeit lang im statistischen Bureau beschäftigt war und bis jetzt mit geringen Unterbrechungen gelebt haben soll. Er war Mitarbeiter der Böhmert'schen antisozialistischen „Sozial-Correspondenz“.

Wir veröffentlichen diese Thatfachen ausschließlich im Interesse der Wahrheit und zur Abwehr infamer Insinuationen, und nicht in der Absicht, Dr. Nobiling „an die Nothsöhne“ der national-liberalen Partei zu hängen. Jeder anständige Mensch

weiß, daß der Versuch, politische Parteien für die Privatbandlungen und Privatverbrechen einzelner ihrer Mitglieder oder Anhänger verantwortlich machen zu wollen, eine Niederträchtigkeit, ein moralischer Keuchelmord ist.

Dr. Nobiling machte, als er nach heftigem Widerstand ergriffen ward, einen Selbstmordversuch und verwundete sich so schwer am Kopf, daß er gestern Abend für „vernehmungsunfähig“ erklärt ward. Trotzdem wird gemeldet, er sei in der Nacht erhört worden — ein Widerspruch, welcher der Aufklärung bedarf. Die Mittheilung eines hiesigen national-liberalen Blattes, „Nobiling habe bei der gerichtlichen Vernehmung bekannt, daß er sozialdemokratischen Tendenzen huldige und wiederholt hier (in Berlin) sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt habe“, wird durch das Vorstehende auf ihren wahren Werth reduziert. Was es mit dem Besuch sozialdemokratischer Versammlungen auf sich hatte, ist bereits gesagt worden, und statt zu „sozialdemokratischen“ Tendenzen wird der Mitarbeiter des Sozialistenbüblers Böhmert, der Schüpling des national-liberalen Volkswirtschaftlers Roscher und der Unterbeamte des preussischen Regierungsraths Engel sich wohl zu „sozialpolitischen“, aber antisozialdemokratischen Tendenzen bekannt haben. Ob und welche Bedeutung übrigens den Äußerungen eines „vernehmungsunfähigen“, am Kopfe schwerverwundeten Menschen beizulegen ist, das wollen wir nicht beurtheilen.

Folgendes Extrablatt hat der „Vorwärts“ für Leipzig am 4. Juni Abends herausgegeben:

Wenn man bedenkt, mit welchem Eifer sich die Reaktion auf das Lehmann'sche Attentat warf, kann man sich nicht darüber wundern, daß sie jetzt ihr Aushängeschild, um das neue Attentat, welches alle Volksschichten in Aufregung versetzt hat, politisch auszunutzen. Welch' bessere Gelegenheit als inmitten der allgemeinen Entrüstung, der hochwogenden Leidenschaften, um die am Schluß der letzten Reichstagsession erlittene Niederlage wieder gut zu machen und die Zustimmung der Volksvertretung zu Maßregeln zu erlangen, denen sie in normalen Zeiten nimmermehr ihre Sanction ertheilen würde?

Nur Eins steht hier im Wege: die Person und Lebensgeschichte des Keuchelmörders. Lehmann, den verkommenen Lumpenproletarier, der in Leipzig eine Feilung der sozialistischen Partei angehörte und sozialistische Zeitschriften kolportirte, ließ sich im ersten Lärm un schwer der Sozialdemokratie „an die Nothsöhne hängen“. Der kleine Umstand, daß die Sozialdemokratie selbst ihn längst abgestößt hatte, und daß er dann von ihren erbittertesten Feinden, den National-liberalen und Christlich-Sozialen, an's Herz geschlossen worden war, brauchte nicht an die große Glocke gehängt zu werden; und es kam ja bloß darauf an, daß die fromme Lüge Cours bezieht, bis das famose Lehmann-Gesetz vom Reichstag angenommen war — eine Berechnung, die freilich nicht zutrifft.

Aber wie den Sohn des preussischen Domänenpächters, den streberischen Beamten des sächsischen und preussischen Bureaus, den Mitarbeiter Böhmert's — wie ihn zum Opfer sozialdemokratischer Versäufung, zum Werkzeug sozialdemokratischer Korbpläne machen? Die Aufgabe ist keine leichte; aber man muß den Wiedermännern, die sie sich gestellt, nachsehen, daß sie sehr fleißig sind und keine Mühe scheuen. Da es nicht mit ehrlichen Mitteln geht, müssen unehrliche Mittel herhalten — der Zweck heiligt das Mittel. Calumniare audacter — nur frech gelogen und verleumdet, etwas bleibt doch hängen, denken die sauberen Wiedermänner.

Daß Dr. Nobiling ein National-liberaler vom reinsten Wasser war, ein Ehrgeiziger, der zum Unzufriedenen wurde, weil er sich zurückgesetzt sah — das wird wohlweislich verschwiegen. Wohl aber wird in die Welt hinausposaunt, er habe sich bei seiner Vernehmung nach der That zu sozialdemokratischen Tendenzen bekannt, und gestanden, daß er sozialdemokratische Versammlungen besucht, und daß sein „jüngerer Bruder“ einige sogar einberufen habe; daß er Mitschuldige habe und „vom Loos getroffen“ worden sei. Diese und ähnliche Behauptungen und Insinuationen werden mit jesuitischer Raffinirtheit in das Volksgemüth geträufelt, um es vorzunehmen und ruhiger Erregung unzugänglich zu machen. Wohlan, an all diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Die Natur der Bunden, die Nobiling theils von eigener, theils von fremder Hand empfangen, ist derart,

daß er keinen Augenblick bei vollem Bewußtsein sein konnte (durch die tödtlichen Bunden quillt das Gehirn hervor!). Wäre Nobiling in diesem Zustand wirklich einem regelmäßigen Verhör unterzogen worden, so würde dies eine ganz überflüssige Grausamkeit gewesen sein, denn die Aussagen eines Sterbenden, der zwei Kugeln im Kopfe hat, sind juristisch absolut werthlos — ebenso werthlos, wie weiland die Aussagen der „Hexen“, die unter dem Einfluß der Folter, mit verrenkten und zermalnten Gliedern, im Delirium Alles, was man von ihnen wünschte, über den Teufel, über dessen Aussehen bis in alle Details aussagten.

Uebrigens wird nun auch nachträglich „von kompetenter Seite“ — so schreibt die national-liberale „Magdeburger Zeitung“ (Nr. 255) — bestritten, daß Nobiling von Mitschuldigen gesprochen und obige Geständnisse gemacht habe. Mit den angeblich auf einen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie hindeutenden Äußerungen wird es die nämliche Bewandniß haben. Jedenfalls wären sie vollkommen werthlos.

In Leipzig kennt keiner unserer Parteigenossen den Dr. Nobiling. Niemand aus unserer Mitte hat mit ihm verkehrt; Niemand ihn je in einer Versammlung gesehen. Ein Correspondent des „Leipz. Tagebl.“ (Nr. 155) schreibt freilich: „Er (Nobiling) besuchte gern die Versammlungen der Sozialdemokraten“. Der Correspondent des „Leipziger Tageblatt“ hat ihn wohl in diese Versammlungen begleitet? Ist also auch Sozialdemokrat und —? Derselbe „Tageblatt“-Correspondent schießt seine Notigen charakteristisch wie folgt: „Der Attentäter besitzt eine außerordentliche geistige Begabung und großen Fleiß, dabei war sein Leben äußerst solid, nie sah man ihn trunken. Sein im höchsten Grade exaltirtes Wesen läßt die Annahme, daß er die ruchlose That in Geistesverwirrung begangen, nicht unwahrscheinlich erscheinen; wer aber die Schuld an dieser Geistesverwirrung trägt, läßt durchaus keinen Zweifel zu, es sind die sozialdemokratischen Lehren.“

Also: der Mann ist „im höchsten Grade exaltirt“, hat „die ruchlose That nicht unwahrscheinlich in Geistesverwirrung begangen“, ist folglich unzurechnungsfähig und für seine Person nicht strafbar; aber „Strafe muß sein“, und so wird denn die Sozialdemokratie an den Haaren herbeigerissen: sie trägt die Schuld an der Geistesverwirrung Nobiling's, und ergo auch an der in der Geistesverwirrung verübten That. Und die Moral der Geschichte: „der Jude wird verbrannt.“

Warum macht der „Tageblatt“-Correspondent — wenn er denn durchaus einen Verantwortlichen haben will, nicht Herrn Roscher und dessen famose Vorträge über Volkswirtschaft verantwortlich, die schon Hunderte von jungen Leuten in Bezug auf nationalökonomische Dinge in bedenkliche „Geistesverwirrung“ geführt haben sollen? Oder die kaum weniger geistreichen Vorträge des Professor Birnbaum? Und die ditto geistreichen Kneipabende in der (ultranational-liberalen) Burichenschaft „Germania“, zu deren eifrigsten Mitgliedern Nobiling gehörte. Wir dächten, an Ursachen zur „Geistesverwirrung“ hätte der Lieblingschüler Roscher's und Birnbaum's keinen Mangel gehabt.

Inzwischen ist der „Tageblatt“-Correspondent vielleicht durch das „Tageblatt“ selbst von seiner „Geistesverwirrung“ geheilt worden; es bringt nämlich, und zwar auf dem gleichen Blatt, genau auf der Rückseite, ein sehr vernünftiges „Eingeländt“, das den Gedanken anspricht, den Hunderttausende von vernünftigen Leuten in den letzten Stunden ausgesprochen haben:

daß die Art und Weise, wie die Presse den Lehmann'schen Mordstrich behandelt hat, sehr leicht den Ausschlag zu dem Verbrechen Nobiling's gegeben haben könnte.

Es ist eine, allen Criminalisten und Statistiken bekannte, psychologisch auch leicht zu erklärende Thatsache, daß Verbrechen ansteckend sind, und daß jeder causa occulta, jedem außerordentlichen, über das Niveau des Gewöhnlichen hinausragenden oder künstlich hinausgehobenen Verbrechen eine Reihe ähnlicher Verbrechen zu folgen pflegt. Der Lafarge-Prozess gab das Original für Dutzende von Giftmorden in ähn-

\*) Die im geirigen Extrablatt von und gebrachte Notiz, Nobiling sei Mitglied des Birnbaum'schen Debattier-Klubs gewesen, wird von einem unserer Correspondenten in Zweifel gezogen. Wir erwarten positive Mittheilungen.

## Ein Schritt zum Sozialismus.

Unter der Ueberschrift: „Eine Revolution auf dem Gebiete des Heizungswesens“ veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ eine Correspondenz aus London, welche die Wichtigkeit unserer Behauptung, daß die bürgerliche Gesellschaft allmählich in den Sozialismus hineinwächst, recht schlagend demonstriert. Die Correspondenz lautet:

London, im Mai. In der hiesigen „Times“ wurde in der jüngsten Zeit mehrfach auf die Versuche hingewiesen, die in Newyork mit einem Centralheizungssysteme für ganze Stadttheile angestellt worden sind. Die Versuche gingen von einer Gesellschaft, der Holly steam Combination Company, aus und sind, nachdem sie den ganzen Winter über andauert, als durchaus erfolgreich zu betrachten. Erstreckten sie sich bisher auch nur über einen Complex von nur etwa 210 Häusern, so kann es doch keinem Zweifel mehr unterliegen, daß das System sich auch in größerem Umfang für ganze Stadttheile, ja für ganze Städte bewähren wird. Dasselbe ist ein Central-Dampfheizungssystem und beruht darauf, daß von dem Dampfessel einer Centralstelle aus der Dampf auf beträchtliche Strecken hin durch Straßenröhre weiter geleitet und in die Hauseinrichtungen eingeführt wird. Die Einrichtungen unterscheiden sich im Ganzen wenig von den analogen der Gas- und Wasserleitungen, auch die Manipulationen sind ähnlich wie bei dieser, sie sind gefahrlos und lassen sich leicht bewerkstelligen. Abgegeben von allen anderen Vortheilen zeichnet die städtische Centralheizung sich durch Bequemlichkeit und Billigkeit aus und dürfte deshalb allein schon einer großen Zukunft entgegengehen.

Mit den Versuchswerten in Newyork wurde im vorigen Jahre begonnen und während des letzten Winters wurden bereits gegen 200 Häuser aus ihnen gespeist. Die Centralstelle enthielt zwei Dampfessel von 16 zu 5 und 8 zu 8 Fuß; die nach allen Richtungen sich verzweigenden Leitungsröhre betragen drei laufende (englische) Meilen. Während des Winters wurden die beiden Kessel bis zu einem Drucke von 35 Pfund per Zoll geheizt mit einem Kohlenverbrauch von 4 Tonnen Anthracit binnen 24 Stunden und einem Kostenaufwande von 4 Dollars pr. Tonne. Während des Sommers wird nur ein Kessel geheizt, der anderthalb Tonnen binnen 24 Stunden konsumirt und auf einen Druck von 25 Pfund pr. Zoll gebracht wurde.

Der Druck von 35 Pfund im Winter und 25 Pfund im Sommer ist auf der ganzen Leitungstrecke von drei Meilen bis zur Konsumtionsstelle ein gleichmäßiger, an letzterer wieder durch

eine Abstellung von den Konsumenten nach Belieben moderirt. Die ersten 600 Fuß der Straßenleitung von dem Kesselhafen an hat vierzöllige Röhren, daran schließt sich eine Strecke von 1400 Fuß mit dreizölligen und an diese eine solche mit zweieinhalbzölligen Röhren. Die von der Straßenleitung nach dem Innern der Häuser sich abzweigenden Zuleitungen haben einen Durchmesser von 1 1/2 und die Hausleitungen einen solchen von 3/4 Zoll. Außer der unter Kontrolle des Konsumenten stehenden Abstellung ist für jede Hausstelle ein bis zu einem Drucke von 5 Pfund regulirtes unter der Kontrolle der Gesellschaft stehendes Druckventil vorhanden; ein sehr sinnreich konstruirter Dampfmesser zeigt nicht nur den Gesamtverbrauch des ganzen Hauses, sondern auch den Einzelverbrauch für jede Räumlichkeit in Kubikfuß an. In den Straßenleitungen ist auf eine Entfernung von je hundert Fuß in Gestalt eines gewöhnlichen Hahnverschlußes ein Expansionsventil angebracht, der auf jeder dieser Strecken eine Expension von 1 1/2 Zoll bei einem Drucke von 35 Pfund gestattet. Eine Kondensation findet in den Straßenleitungen nicht statt. Die Röhren sind zunächst mit einer dünnen Lage Asbestpapier bedeckt, dann kommt eine Umhüllung aus russischem Filz und schließlich eine solche von Manillapapier, so daß das Ganze aussieht, als sei es mit dünnem hellbraunem Papier umwickelt. Die so eingehüllten Eisenröhren liegen in einer Holzumkleidung, die etwa 3/4 Zoll weiter gehöhrt ist, als das Eisenrohr mit seiner Filzbedeckung; sie werden genau wie Gas- und Wasserleitungsröhren gelegt.

Die Verteilung der Hitze in den einzelnen Räumlichkeiten der Häuser wird durch Ausstrahler vermittelt, die in einzölligen vertical entweder im Kreise oder in einer Doppelreihe gelegter Röhren bestehen und ein Abflusrohr für den kondensirten Dampf enthalten. Das abfließende Wasser hat eine Temperatur von etwas unter Siedehitze und ist zu allen Haushaltungszwecken verwendbar; es eignet sich sogar noch ganz gut zu Nebenheizungen, z. B. für Treibhäuser und andere derartige Anlagen. Auf eine Entfernung von mehr als einer halben (englischen) Meile hat der Dampf sich noch vollständig als Triebkraft bewährt; es sind auf diese Distanz hin Dampfmaschinen von 10 und 14 Pferdekraft in Bewegung gesetzt worden, ohne daß die Steuerung erheblich hätte vermehrt werden müssen. Der fortgeleitete Dampf ist auch zu Küchenszwecken, zum Kochen sowohl wie zum Baden, zu verwenden. Ein Eimer kalten Wassers wurde beispielsweise nach der Aussage eines der städtischen Gewährsmänner binnen 3 Minuten durch das Einlassen eines Mundstückes der Leitung zum Kochen gebracht. Wie bei Gas- und Wasserleitungs-Anlagen legt die Gesellschaft die Röhren

bis zu den Häusern, die Hauseinrichtungen, Innenleitungen, Apparate etc. sind von dem Hausinhaber zu stellen. In einem auf etwa acht Zimmer berechneten Hause von mäßigem Umfange betragen die Einrichtungskosten etwa 150 Dollars oder etwas über 600 Mark, in größeren Häusern, die komplizirtere Einrichtungen erfordern, bis zu 500 Dollars oder etwa 2100 bis 2140 Mark.

Die Thätigkeit der Gesellschaft hat bisher einen experimentellen Charakter getragen. Von den 200 Häusern, die an das System angeschlossen worden sind, hat man als Kostenbeitrag den Betrag erhoben, den etwa die Kohlenheizung erfordert haben würde; dabei ist man weit über die Betriebskosten gekommen, trotzdem daß nur ein kleiner Theil des Bezirkes, auf den die ganze Anlage berechnet ist, zum Anschluß gekommen ist. Die Betriebskosten bestehen in wenig mehr als den Anlagen für die Kohle und dem Salair für zwei Heizer, die Anlage selbst erscheint im Verhältniß zu den erzielten Resultaten, sowohl was die Gebührligkeiten wie was den Kohlenverbrauch betrifft, unbedeutend. Das Gesellschaftsvermögen beträgt 50,000 Dollars, in 500 Aktien zu 100 Dollars; hieraus sind die Kosten für die Centralanlagen und die 300 Meilen Leitungstrecke bestritten worden. Alleseitig ist das Unternehmen bis jetzt als ein aussichtsvolles angesehen worden und wenn man dem Beugnisse der Hauseigenen, die ihre Häuser der Leitung haben anschließen lassen, vertrauen darf, wird die städtische Centralheizung im gesammten Kulturleben bald eine große Rolle spielen.

So weit der Bericht der „Frankfurter Zeitung“. Durch die gemeinsame Heizung der Wohnungen wird dem „Individualismus“ wieder ein tüchtig Stück Land, auf dem er sich unbesiegbar sicher glaubte, entrissen, und weitere Gebiets-theile von dem andrängenden „Communismus“ bedroht. Der gemeinsamen Heizung, welche eine ganz außerordentliche Arbeitserparnis mit sich bringt, wird auf dem Fuß das gemeinsame Kochen folgen, und so geht es weiter und weiter. Schritt um Schritt, vorwärts in den Sozialismus!

— Voltaire, geboren am 21. November 1694 zu Paris, gestorben ebenda am 30. Mai 1778. Dieser, Geschichtschreiber und Philosoph, erweiterte er den menschlichen Geist und lehrte ihm, daß er frei sein solle; er vertheidigte Colas, Sirven, de la Barre, Montbailly; er bekämpfte die Atheisten und Fanatiker, er begeisterte für die Toleranz und reklamierte die Menschenrechte gegen die Knechtschaft der Feudalität. Mit dieser Grabschrift auf Voltaire ist alles bündig und treffend gesagt.

lichem Stil ab. Der erste Schuß eines Verrückten auf die Königin Victoria von England erzeugte unter den friedlichen John Bulls eine förmliche Attentatsepidemie. Duzende von Verrückten, die unter anderen Umständen ihre Verrücktheit in harmloserer Manier behältig hätten, richteten nun ihre Augen auf die junge, allgemein beliebte Königin und wollten berühmt werden wie der Narr Oxford, den sein verrückter Schuß zu einem — „großen Mann“ gemacht hatte. Und warum nicht so berühmt wie der „große Mann“ — Lehmann, „Attentäter Seiner Majestät des deutschen Kaisers“, den unsere Presse, in ihrem tollen Haß gegen die Sozialdemokratie, aus den unehrenhaftesten Motiven, zu dem berühmtesten Mann des Tages gemacht hat? Dr. Nobiling wird von Allen, die ihn kennen, als höchst ehrgeizig geschildert — aus dem einen oder anderen Grunde war ihm das Leben zur Last geworden, er fühlte sich zurückgesetzt, gekränkt — was natürlicher, als daß er, statt allein zu sterben, „noch Jemand mitnehmen“, und sich die Unsterblichkeit Lehmann's erringen wollte? Ein Lehmann in verbesserter Auflage?

Die Zeitungen, welche jetzt gegen Schaam und gesunde Vernunft der Sozialdemokratie ein Verbrechen in die Schuhe zu schieben suchen, dem keine Partei so fern steht als gerade die Sozialdemokratie, sie mögen zerknirscht an die eigene Brust schlagen; denn aller Wahrscheinlichkeit nach tragen sie, durch ihre unverantwortliche Behandlung des Lehmann'schen Vubenstücks, einen wesentlichen Theil der moralischen Arbeiterschaft des Nobiling'schen Attentats.

Keine Partei, sagten wir eben, steht dem Verbrechen so fern als die unsrige. Das ist keine Uebertreibung, keine „politische Heuchelei“. Welche andere Partei hätte je prinzipiell gegen den Mord in jeder Form protestirt? Welche andere Partei faßt den geschichtlichen Entwicklungsgang so auf, daß er gänzlich unabhängig von einem einzelnen Individuum erscheint, nenne es sich Kaiser, Kanzler oder Strafenlehrer? Das Leben eines jeden Menschen ist uns heilig, ist uns sakrosankt — das Leben des Höchsten wie des Niedrigsten. Die Schüsse, welche, wie vom „Anstand“ aus auf ein Stück Wild, aus seinem Hinterhalt auf den greifen 81jährigen Kaiser, der den politischen Haß längst überlebt hat, abgefeuert worden sind und das Opfer grauam verletzt haben, empören unser Gefühl so gut, wie sie das Gefühl jedes anderen Menschen, der menschlich fühlt, empören müssen. Aber ist das ein Grund, dieses Verbrechen eines Individuums nun zum Verbrechen einer Partei stempeln zu wollen? Wären wir nicht ebenso ruchlose Mordmörder wie Nobiling, wenn wir die Professoren Köcher, Birnbaum, Böhmert und die nationalliberale Partei als moralische Urheber des Nobiling'schen Attentats denunzirten? Und hätten wir dazu nicht eine hundertmal größere scheinbare Berechtigung, als die infamen Extrablätter, welche die Sozialdemokratie der moralischen Arbeiterschaft des Attentats, mehr oder weniger verschleiern, anzuklagen die Stirn haben? Man hätte sich vor diesen Attentätern!

Und haben wir Sozialdemokraten etwa ein Interesse an dem Tod des Kaisers? Mit nichten! Im Gegentheil, sein Tod kann uns nur schaden. Und gewiß ist, daß das Attentat unserer Partei Schwierigkeiten bereiten wird. Unsere Partei ist unzweifelhaft diejenige, welche durch solche Handlungen, wie die Lehmann's und Nobiling's am meisten benachtheiligt wird. Es giebt aber Parteien, deren Interesse in entgegengesetzter Richtung liegt. Und das sind die Parteien, welche jetzt aus Leibkräften daran arbeiten, die beiden Attentate zu Reaktionszwecken auszunutzen.

Ja, gesteht man uns wohl zu, ihr Sozialdemokraten habt die Attentate nicht direkt gewollt; sie sind euch sogar unangenehm, aber es ist doch die Frucht der von euch gesäeten Saat.“ Albernheit! Die Lehren der Sozialdemokratie reizen nicht auf, stacheln nicht zu Gewaltthat, sondern händigen die Leidenschaften und leiten sie in das Bette organisirten, ruhigen, planmäßigen Handelns. Will man Beweise? In Sachen ist das gesammte arbeitende Volk sozialdemokratisch — hat je, trotz der furchtbarsten Noth im Erzgebirge zum Beispiel, trotz frecher Provokationen Seitens unserer Gegner auch nur die geringste Unruhe, irgend ein neuntenswerther Streich stattgefunden? Nein! Aber in Opreußen, in Königshütte zc., wo die Sozialdemokratie noch keine Wurzel gefaßt hat, ist

was über ihn zu bemerken ist. Er war ein Mensch — nehm Alles nur in Allem — und Mensch sein heißt ein Kämpfer sein. Und gekämpft hat er mit Aufbietung aller seiner Kräfte gegen Lug und Trug, gegen Falschheit und Heuchelei, gegen Unwissenheit und Aberglaube! Aber auch er war menschlich fehlbar, er war als Philosoph Schüler der englischen Deisten, welche eine natürliche Religion zur Norm und Regel aller positiven Religion erhoben, welche an das Dasein und an die Weltregierung eines Gottes, der zugleich Urgrund aller Dinge sein sollte, glaubten. Auch sein Charakter ist nicht ganz rein und frei von jedem Makel. Seine satirische Natur bestimmte ihn öfter zu größeren und kleineren Bosheiten, die seinem Bilde einige häßliche Schatten aufsetzen; aber wo viel Licht ist, da ist viel Schatten. Stets und allzeit aber war er ein begeisteter Prediger der Menschenrechte, er emanzipirte die leibeigenen Bauern, welche den 20 Mönchen eines Klosters Südbraunschweig gehörten, er kämpfte eifrig für ein vernünftiges Besteuerungssystem, für Verbesserung der Rechtspflege, welche er in Frankreich, wenn auch nicht überall direkt, hervorgerufen hat, deren intellektueller Urheber er jedoch genannt werden darf und muß. Er forderte Rechtsgleichheit, wenn er auch, im Grunde eine mehr aristokratische veranlagte Natur, durchaus nicht für Durchführung gänzlicher politischer Gleichheit zu gewinnen war. Er unterrichtete das Volk zuweilen, er sah seine materielle und geistige Verkümmern, aber er that auch viel, um hier Wandel zu schaffen. Er plaidirte für gründliche Verbesserungen im Schulwesen; er verwandelte endlich auch den 50 Einwohner zählenden Weiler Ferny im Departement Ain an der Schweizer Grenze in eine industriefleißige Stadt von 1200 Einwohnern. Wie sehr dies sein Werk war, zeigt der sofort nach seinem Tode eintretende Verfall. Er besaß als Schriftsteller wie Keiner vor ihm oder nach ihm die Kunst des Popularisirens; er war Meister in der von den Encyclopädisten angefangenen und geübten Kunst, die Ergebnisse der Philosophie und alle Wissenschaft zum Gemeingut vieler, möglichst Aller zu machen. Er konnte mit Recht von sich sagen, daß er für seine Zeit mehr gethan habe, als Luther und Calvin für die ihre. — Wissenschaftlich stand er auf der Höhe seiner Zeit, auch die Naturwissenschaft kannte er in ihrer hohen Wichtigkeit für die Philosophie, sowie für das ganze Menschenwesen; der neu auftauchenden Probleme bemächtigte er sich mit scharfem Geiste und trug sie mit hinreißender Beredamtheit nicht nur seiner Nation, sondern fast der ganzen Welt vor. Er schrieb über Messungen der Kräfte, über die Reflexe des Lichtes im luftleeren Raume, über die Natur des Feuers und andere Dinge mehr.

es wiederholt zu Erzeffen, blutigen Krawallen, ja einmal zu einem „kleinen Bauernkrieg“ gekommen.

Wir leugnen nicht, daß Verbrechen gegen die Person, und überhaupt Gewaltthatigkeiten seit einiger Zeit in erschreckender Progession sich mehren — die amtliche Statistik hat diese traurige Thatsache festgestellt. Wir bedauern dies, und suchen dem Uebel nach Kräften abzuhelfen — nicht ohne Erfolg, wie die Verbrecherstatistik der Theile Deutschlands, in denen die Sozialdemokratie Einfluß hat, beweist.

Wer sich über die zunehmenden Gewaltthatigkeiten entrüstet, der reiche uns die Hand, statt uns entgegenzutreten, und bekämpfe mit uns den Cultus der Rohheit, der jetzt in der Mode ist, der bekämpfe mit uns den Massenmord, die Blut- und Eisenpolitik!

Fort mit der politischen Heuchelei! Nieder mit den Attentaten! Nieder mit den Attentätern!

#### „Müßständige Stimmen aus der gegnerischen Presse:

Die „Berliner Volkszeitung“ vom 4. Juni schreibt:

„Die Motive der That. Noch liegt keinerlei irgend glaubhafte Version über die Motive der That vor. Die Aussage Nobiling's, daß er es für das Staatswohl ersprießlich gehalten habe, das Staatsoberhaupt zu beseitigen, entbehrt jeder Wahrscheinlichkeit. Bei dem Bildungsgrade des Verbrechers ist nicht anzunehmen, daß er geglaubt haben sollte, durch seine That eine derartige Wirkung zu erzielen; andererseits bietet sein Vorleben, welches doch bereits in vielen Details bekannt ist, keinerlei Anhalt für die Annahme, daß der Mörder ein politischer Fanatiker gewesen sei oder sich überhaupt für das Staatswohl interessiert habe. Der Umstand, daß er sich zu sozialdemokratischen Tendenzen bekannt hat, scheint von keinem Belange; nach den Folgen und Wirkungen des Hordel'schen Attentats wird Niemand glauben, mit einem neuen Nordversuche der Sozialdemokratie einen Dienst zu erweisen. Es werden daher zunächst die Erhebungen über die unmittelbare Vergangenheit des Verbrechers, sowie über seine körperliche und geistige Verfassung abzuwarten sein, ehe es statthaft erscheint, sich in dieser Richtung ein Urtheil zu bilden. Einstweilen erscheint das Verbrechen völlig unerklärlich.“

Die „Kölnische Zeitung“ vom 3. Juni läßt sich aus Berlin schreiben:

„Im Umgang machte der Dr. Nobiling den Eindruck eines mächtig begabten und nicht allzu schnell begreifenden Menschen, der in bescheidenen Formen eine ziemlich hohe eigene Werthschätzung verbarg. Was ihn zu der ruhigen That getrieben haben mag, läßt sich noch nicht übersehen; es ist aber nicht anzunehmen, daß er zu irgend einer der radikalen politischen, sozialen oder religiösen Parteien in näherer Verbindung gestanden hat; eher erscheint es glaublich, daß allgemeine Unzufriedenheit mit seiner Lage und gänzliche moralische Verwilderung, wenn man nicht, was vielleicht eben so glaublich, gänzlichen Wahnsinn annehmen will, ihn zu dieser schändlichen That getrieben hat. Wer die kleine unbedeutende Persönlichkeit des Attentäters früher gesehen, wird bei ihm an Alles Andere eher als an einen Königs-mörder gedacht haben, und so dürfen wir zur Ehre des deutschen Namens wohl glauben, daß wir es hier mit einem durch das neuliche Attentat auf diese Bahn geleiteten Fersinnigen (man erinnere sich nur, wie häufig bestimmte Verbrechen zur Nachahmung reizen), und nicht mit einer in logischer Consequenz entwickelten Frucht bestimmter verabschämungswürdiger Tendenzen zu thun haben.“

Die „Dresdner Nachrichten“ vom 4. Juni schreiben:

„Der verrückte Attentäter Nobiling wurde im Herbst 1877 von dem Direktor Geh. Reg. Rath Victor Böhmert auf Grund einer warmen Empfehlung des Herrn Geh. Rath Professor Dr. Köcher in Leipzig am königl. sächsischen statistischen Bureau des Ministeriums des Innern als Diätar angestellt. Er wünschte eine Stellung als wissenschaftlicher landwirthschaftlicher Hilfsarbeiter; da sich dieser Wunsch indeß nicht realisiren ließ, so verzichtete er am 2. Juni vorigen Jahres auf die Diäten und arbeitete als freiwilliger Hilfsarbeiter bis Anfang Oktober weiter, zu welcher Zeit er freiwillig aus dem Bureau austrat und nach Berlin überwechselte. Nobiling galt hier allgemein als einfacher harmloser Mensch. Er bezeugte fast gar keine Bedürfnisse, trug

Erzählertalent und wußte geschichtliche Gegenstände zu beleben und fruchtbar zu machen. Wenn man die Namen der Schöpfer einer kulturgeschichtlichen Betrachtung der Menschheitsgeschichte nennt, so muß auch der seine genannt werden. Voltaire war Franzose, war ganz Das, was diese Nation Höchstes und Bestes in jener Zeit zeitigen konnte; über ihn sagt Goethe am 13. Februar 1829 in den Gesprächen, die uns Edermann gesammelt: „So bringt ein Volk seine Helden hervor, die gleich Halb-göttern zu Schatz und Heil an ihrer Spitze stehen, und so vereinigen sich die poetischen (und philosophischen, R. d. B.) Kräfte Frankreichs in Voltaire.“ — Diese wenigen Zeilen widmen wir dem großen Todten zu seinem hundertjährigen Todestage.

— Wir erhalten wiederum von Herrn Professor Biedermann eine „Berichtigung“:

Ich muß Sie, noch ehe Sie meine zweite, unterm 29. Mai Ihnen zugegangene „Berichtigung“ abgedruckt haben, schon wieder zu einer solchen, auf Grund von Artikel 11 des Reichspräsidentengesetzes auffordern.

In Nr. 63 im Feuilleton wiederholen Sie die schon früher einmal gegen mich erhobene, aber auf mein Verlangen der Erhaltung unerwiesener gelassene Behauptung, ich hätte an meinen früheren Parlamentscollegen Neh in Darmstadt „vor dem 1866er Krieg“ einen Brief geschrieben, in welchem ich denselben aufgefordert, im Großherzogthum Hessen für die preussische Annexionspolitik thätig zu sein.“ Ich habe einen Brief solchen Inhalts niemals und an Niemand, folglich auch nicht an Hrn. Neh geschrieben. Da „der Schreiber“ Ihres Feuilletonartikels diesen meinen Brief „gelesen“ haben will und „die Existenz dieses Briefes sogar „gerichtlich feststellen“ kann, so brauche er ihn ja nur zu veröffentlichen, natürlich unter gleichzeitiger Vorlegung des Originals, um festzustellen, daß es kein von ihm oder Anderen gemachter ist. Ich fordere ihn dazu auf und behalte mir übrigens wegen der in jener Behauptung liegenden Verleumdung alle weiteren Schritte vor.

Leipzig, 31. Mai 1878.

Prof. Dr. Karl Biedermann.

Wir können Herrn Professor Dr. Carl Biedermann nur bitten, unserer, doch ziemlich deutlichen, Einladung Folge zu leisten und die Existenz der betreffenden Briefe „gerichtlich feststellen“ zu lassen. Statt die „weiteren Schritte vorzubehalten“, möge er sie led und fahn thun — sie werden zu der „gerichtlichen Feststellung“ führen, auf welche es ankommt. Also —

sich einfach, fast altfranzösisch, und arbeitete mit Eifer. Gegen seine Collegen war er freundlich, mied aber den großen Verkehr und lebte am liebsten zurückgezogen. Dagegen hielt er in gewissen auf Facharbeiten bezüglichen Dingen sehr an seiner vorgefaßten Meinung. Es ist bekannt, daß er hier sozialdemokratische Versammlungen oft besuchte und sozialdemokratische Blätter nicht nur las, sondern auch hielt; dagegen äußerte er im Verkehr keinerlei sozialdemokratische Anschauungen, wie er denn überhaupt in diesem Punkte wie auch sonst im Umgang sehr zurückhaltend war. Die Dresdner Sozialdemokraten protestiren entrüstet in einem Extrablatt dagegen, daß Nobiling als Anhänger ihrer Partei angehöret habe, sie behaupten, daß derselbe den Anspruch gethan habe, „daß er formell eigentlich keiner Partei angehöret, aber dem Nationalliberalismus am nächsten stehe.“ Auch soll Nobiling in Bezug auf Nationalökonomie gemäßigten Anschauungen gehuldigt haben und ein eifriger Mitarbeiter an der von Professor Böhmert zur besonderen Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegebenen nationalliberalen „Sozial-Correspondenz“ gewesen sein. Ferner erzählt das Extrablatt des hiesigen sozialdemokratischen Organes, dem dafür alle Verantwortlichkeit überlassen bleibt, Folgendes: „Nobiling erschien Jedem, der ihn kennen lernte, auf den ersten Blick, besonders auch nach längerem Umgang, als ein studirter aber überaus konverser Kopf. Er hatte auch spiritistische Anwandlungen und sich ein eigenes Weltssystem zurechtgezimmert, von dem er selbst sagte, daß es Niemand begreife, als er selbst. Zu Ostern dieses Jahres besuchte ihn ein Sozialist, der ihn von hier kannte, in Berlin in seiner Wohnung unter den Linden und traf ihn mit dem Buben einer Schrot-Doppelflinte (in deren Gebrauch er sich schon seit vorigem Sommer geübt, und mit welcher er auch das Attentat verübte) beschäftigt. Auf die Frage, wie weit das Gewehr schieße, meinte Nobiling: es reiche zwar nicht bis zu der gegenüberstehenden Häuserreihe, aber einen auf dem Stragendam-Befindlichen könne man schon damit erschlagen. Als aber das Gespräch auf die vielen Selbstmordfälle kam, meinte Nobiling: es sei dumm von den Selbstmördern, daß sie nicht, wie sie selbst von der Welt gingen, noch einen Großen mitnehmen, wozu man bloß ein Messer brauche, das für wenige Groschen zu haben sei. Dann würde es schon besser werden. Stellung konnte er keine bekommen, seine Mutter aber, von der er Vermögen zu erwarten hatte, verheiratete sich vor Kurzem mit einem verschuldeten Offizier, so daß jede Hoffnung für ihn, sein gewohntes Leben fortsetzen zu können, verloren schien; dazu der Pessimismus, die Wankelmuthigkeit und Schrullenhaftigkeit Nobiling's — so entstand das Attentat.“

Die „Magdeburgische Zeitung“ (Abendblatt vom 3. Juni) läßt sich aus Berlin nachstehendes schreiben:

„Unter den Linden wogen unabsehbare Menschenmassen. Das Haus Nr. 18 ist belagert und von der Polizei gesperrt. Ich interviewte soden die Wirthin des Dr. Nobiling, welche erklärte: „Nobiling wohnte bei mir seit Newjahr, er ist stets nüchtern, ordentlich und pünktlich gewesen; er hoffte auf eine Anstellung im landwirthschaftlichen Ministerium; er muß wahnsinnig geworden sein.“ — Nobiling soll erklärt haben, keinen politischen Grund für seine Handlungsweise zu haben, seine Parteistellung ist unbekannt.“

Einem Extrablatt der „Vossischen Zeitung“ entnehmen wir Folgendes: „Carl Nobiling ist 1848 am 10. April auf der königlichen Domaine Kollno bei Birnbaum, Provinz Posen, geboren. Sein Vater hatte diese Domaine in Pacht. Er studirte in Halle und Leipzig, nicht Jena, wie vorerst mitgetheilt wurde. Seine Vorbildung genoh er auf dem Pädagogium zu Jülichau. Seit zwei Jahren lebte er in Berlin, arbeitete kurze Zeit im statistischen Bureau beim Geheimrath Engel, feste Stellung konnte er aber trotz aller Mühen nicht erhalten.“

Dr. Nobiling bezog das Zimmer Unter den Linden, aus welchem er geschossen, am 1. Januar 1878 und war seinen Wirthsleuten ein sehr lieber und ruhiger Miether. Er schien ihnen sehr ruhigen Charakters zu sein, doch wissen dieselben über sein Privatleben um deshalb keine weiteren Mittheilungen zu machen, da er am Tage fast niemals zu Hause war und mit seinen Wirthsleuten fast gar nicht in weitere Berührung kam. Er erhielt allabendlich die „Germania“ und alle Morgen die in Leipzig erscheinende „Deutsche Allgemeine Zeitung“, und auf Herrn Levy machte es auch den Eindruck, als ob er für eines dieser beiden Blätter correspondirte. Er stand mit mehreren Räten des landwirthschaftlichen Ministeriums in Verbindung, jedoch nur in rein literarischer, als gelegentlicher Mitarbeiter der von diesen Räten herausgegebenen landwirthschaftlichen Jahrbücher. In seinem Zimmer befanden sich ein Stoh von Exemplaren der „Germania“ und das erste Heft des Jahrgangs 1877 der „Landwirthschaftlichen Jahrbücher“ von Rathhusus und Thiel, in dem sich ein Artikel: „Beiträge zur Geschichte der Landwirthschaft des Saalkreises der Provinz Sachsen von Carl Ed. Nobiling“ befindet.“

Die „National-Zeitung“ berichtet, daß der Attentäter ein fleißiger Bibelleser gewesen sei.

Folgende uns noch bekannt gewordene Nachrichten zu dem Attentat tragen wir hiermit nach:

In unserem Extrablatt vom 4. Juni hatten wir gemeldet, daß Dr. Nobiling gestorben sei. Diese Nachricht hat sich als unrichtig herausgestellt; derselbe liegt in völlig bewußtlosem Zustande.

Die „Berliner Volkszeitung“, welche überhaupt eine anständige Haltung in Bezug auf das neueste Attentat gegen uns bewahrt hat, läßt sich aus Dresden schreiben, daß Dr. Nobiling in Dresden sozialdemokratische Versammlungen besucht habe, ohne sich indeß zur Sozialdemokratie zu bekennen. Hier wird also unser Dresdener Telegramm in der vorigen Nummer lediglich bestätigt. Ferner schreibt das genannte Blatt:

„Privat erscheint uns der abermalige auftauchende Versuch, einzelne Parteien für das Vubenstück haftbar zu machen. Nobiling war ein Protestant und doch sieht sich die „Germania“ bereits genöthigt, dagegen zu protestiren, daß man ihr Beziehungen zu Nobiling andichtet. Der Umstand, daß Nobiling zu den Abonementen der „Germania“ gehört, genügt zu einer solchen Anklage, hinter der die ungeheuerliche Verächtlichung der intellektuellen Arbeiterschaft lauert. Der Ernst des Augenblicks sollte wenigstens in soweit veredelnd wirken, daß man von dem Betreben abläßt, seine Loyalität durch widerliche Denunciationen zu bekunden.“

Versteht man es nicht überall, die Sozialdemokratie der intellektuellen Arbeiterschaft auch dieses Mordmordes zu verdächtigen? Da man aber bei dem Mörder keine sozialdemokratischen Schriften und Portraits gefunden hat, so muß die ultramontane Partei herhalten. Andere Parteien werden auch noch an die Reihe kommen.

Unserem Berliner Parteiorgan, der „Berliner Freien Presse“, entnehmen wir folgende Nachrichten: „Auf ein sozialistisches Blatt war Nobiling nicht abonirt, in seiner Bibliothek fand sich auch keine sozialistische Broschüre oder ein ähnliches Buch, thut aber nichts: Nobiling huldigte trotzdem sozialdemokratischen

Tendenzen sagt „Post“ und „Tribüne“ und das Wolffsche Bureau telegraphirt die Lage munter in die Welt hinaus. — Der Freund Robilings, mit dem er correspondirt und der sich gegenwärtig in Paris aufhält, soll Hansen heißen und sich eingehend mit auf die Arbeiterwohnungen, Hausindustrie u. s. w. bezüglichen Fragen beschäftigen. Es scheint dies also einer der Mitarbeiter an der „Sozial-Correspondenz“ zu sein und auf alle Fälle ein Freund der liberalen Sache, denn daß wir Sozialisten uns nicht mit der Frage der Vertheilung von Arbeiterwohnungen befassen, dürfte der „Nordb. Allgem. Zeitung“ wohl bekannt sein.

Ferner berichtet die „Berliner Freie Presse“, daß kein einziger Sozialist in Berlin, soweit sie unterrichtet sei, den Attentäter auch nur den Namen nach kenne; dasselbe erklärt auch hiermit die Redaktion des „Vorwärts“.

Den 3. Juni, Abends 6 Uhr, haben 14 Criminalbeamte in der Redaktion und dem Geschäftslokal der „Berliner Freien Presse“ Hausdurchsuchung gehalten, doch ohne jeglichen Erfolg; ferner in Hausdurchsuchung gehalten worden in den Privatwohnungen unserer Berliner Parteigenossen Frißsche, Koss, Auer, Schapira und Kadow. Hierzu bemerkt unser Berliner Parteiorgan:

„Daß die ganze Razzia erfolglos gewesen und daß man bei uns keine von Dr. Robiling herrührenden Papiere gefunden hat, brauchen wir wohl nicht erst zu betonen. Auf unserer Redaktion sowohl, wie bei den sämtlichen Parteigenossen, welche wir bisher zu befragen Gelegenheit hatten, ist Robiling eine unbekannte Persönlichkeit. Der Königsmörder hat mit uns in keinerlei Verbindung gestanden.“

Noch wollen wir bemerken, daß sich als die gemeinsten Denunciantenblätter gegen uns die „Berliner Tribüne“, die „Post“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu Leipzig zeigen!

— Zum Kampf mit geistigen Waffen. In der Correspondenz unserer heutigen Nummer aus Königsberg befindet sich eine Bekanntmachung der Firma Stantien u. Veder (Bernsteingräberei), welche in der geistigen Bekämpfung der Sozialdemokratie ungemein Großes leistet. Dieser Nachricht reiht sich folgende würdig an, welche die Kunde durch die ganze liberale Presse macht:

„Zwei Cigarettenfabrikanten in Werther, Regierungsbezirk Minden, haben kurz nach der Kunde von dem Hübelschen Mordversuche ihren Arbeiter erklärt, daß sie kein Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins mehr beschäftigen würden. Eine dieser Firmen hat schon 40 Arbeiter gekündigt, die nach Ablauf einer gestellten dreitägigen Frist die verlangte Entscheidung nicht abgegeben hatten. Aehnliches ist schon von anderen Fabriken gemeldet worden. Der große Industrielle Krupp hat von jeher eine solche strenge Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter geübt.“

In solchem Kampfe müssen die Arbeiter einig zusammenstehen, sie müssen erklären, daß sie sämtlich Sozialdemokraten seien, dann wird man keinen Arbeiter mehr entlassen. — In Leipzig besprachen sich zwei Fabrikanten auch über derartige Maßnahmen, der eine stimmte ihnen zu, der andere aber sagte: „Ich gehe nicht darauf ein, die Kerle sind ja sämtlich Sozialdemokraten, wirft man einen aus der Fabrik, erhält man 10 Sozialdemokraten wieder!“

— Einen wohlweisen Bürgermeister und einen ebenso weisen Stadtrath besitzt das Städtchen Frankenberg im Königreich Sachsen. Ein von dem Bürgermeister veröffentlichter Beschluß des Stadtraths lautet wörtlich:

„Der von dem Weber Ferdinand Rösch hier angemeldete Verein hat nach § 1 der eingereichten Statuten den Zweck, bei Wahlen dahin zu wirken, daß in alle Vertretungskörper Sozialdemokraten gewählt werden und veranlaßt nach § 2 zur Erreichung dieses Zweckes Versammlungen, in welchen Vorträge über die Bestrebungen der Sozialdemokratie gehalten werden und Diskussionen hierüber stattfinden sollen. Wenn nun durch zahllose Artikel der sozialdemokratischen Parteipresse als hinlänglich erwiesen und als allgemein bekannt anzusehen ist, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie unter anderem darauf hinauslaufen, zur Ausführung hochverrätherischer Handlungen, zu Majestätsbeleidigungen, zu Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung und die Religion, mithin zu Gesetzesübertretungen und unethischen Handlungen geneigt zu machen, so ist der sozialdemokratische Wahlverein zu Frankenberg, welcher diese Bestrebungen zu befördern bezweckt, auf Grund § 20 des Gesetzes vom 25. Novbr. 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betr., zu verbieten und ist der Einreicher dieser Statuten durch rein schriftliche Zufertigung dieses Beschlusses dessen zu beschreiben, ihm auch ein Duplikat der Statuten zurückzugeben. Rubin, Bürgermeister.“

„Der Jude muß verbrannt werden“ — so lautete früher der Ruf des fanatischen Pöbels! Wenn solche Verordnungen Mode werden, wenn solche von gebildeten Rathsherren und Bürgermeistern gepredigt wird, wie die vorstehende, dann wird die Zeit kommen, wo auch ein fanatischer Pöbel, der sich nicht gerade aus den sogenannten unteren Volksschichten zu rekrutiren braucht, den Ruf anstimmt: „Der Sozialdemokrat muß verbrannt werden!“

Die Sozialdemokraten werden vielfach als die Heer und Volkswiegler hingestellt; soweit haben sie es aber noch lange nicht im Heben gebracht als die „verehrten“ Herren Gegner jeder Richtung.

— Antisozialisten Congreß. Kaum hat die Reaktion sich auf die Sozialistenbegebe, da kommt auch das kleine brave Köpchen in Berlin aus seinem Schlupfwinkel wieder hervor und schließt sich dieser Hege an. Sein Schreiber, der Wanderlehrer Keller, erläßt jetzt folgendes Schreiben an die Bürger und Antisozialisten in und um Berlin:

Ständiger Ausschuh des deutschen Arbeiter-Congresses.  
Berlin S., den 28. Mai 1878,  
Ritterstraße 3.

Sehr geehrter Herr!  
Die tief greifende sozialdemokratische Bewegung mit ihren Folgen fordert das entschiedene freisinnige Bürgerthum zu energischer Thätigkeit auf, um die große Masse des Volkes den Händen derjenigen Führer zu entziehen, welche in der Herrschaft und Unordnung ihr Heil suchen. Das Anrufen der ordnungsliebenden liberalen Partei ist gerade jetzt am dringendsten geboten, als von derselben die geplanten polizeilichen Maßnahmen (Ausnahmegesetz) der Regierung zurückgewiesen worden sind, und der Beweis geliefert werden muß, daß die Rettung der Gesellschaft ganz wo anders liegt.

Aus diesem Grunde legen wir Ihnen unsere „Aufforderung“ bei, mit dem Erlauben, sich dem Arbeitercongreß als persönliches Mitglied anzuschließen und denselben auch sonst noch unterstützen zu wollen.

Geht uns Ihre gefällige Entschliebung innerhalb 8 Tagen nicht zu, so werden wir uns die Ehre geben, dieselbe persönlich einzuholen. Hochachtungsvoll  
Für den Ausschuh des Deutschen Arbeiter-Congresses.  
Der Generalsekretär  
Julius Keller.

Daß die Rettung der Gesellschaft ganz wo anders liegt, als in polizeilichen Maßnahmen und im Antisozialistencongreß à la Hirsch-Kutschbach-Keller-Bujarsky, das war uns längst bekannt. Der „Gewerkverein“ bringt folgende Fammernotiz:

„Reaktion oder Unkenntniß? Der wohlthätige Stadtrath zu Döbeln im Königreich Sachsen hat unter Berufung auf das sächsische Vereinsgesetz unseren dortigen Vereinen der Maschinenbauer und Stahlarbeiter eine Verfügung des ungefähren Inhalts zugehen lassen, daß ihre Existenz nicht länger gestattet werden könne!! Merkwürdig: sollte etwa der wohlthätige Stadtrath jetzt, nachdem die Ortsvereine bereits mehrere Jahre existiren, herausbekommen haben, daß dieselben „sozialdemokratische Ziele“ verfolgen oder befinden er sich in so grenzenloser Unkenntniß über die Bestrebungen der Gewerkevereine und der Sozialdemokratie, daß er zwischen beiden Organisationen keinen Unterschied zu machen versteht?! Natürlich ist gegen dieses Vorgehen bei der höheren Behörde Protest erhoben worden.“

Wir sagen es war Unkenntniß von dem Stadtrath zu Döbeln, daß er die Hirsch-Dunder'schen Ortsvereine aufgelöst hat. Wer so polizeibrav ist, wie Max Hirsch und Hugo Polke, der darf doch wahrlich nicht von der Polizei verfolgt werden.

— Der Oberamtsrichter und Reichstagsabgeordnete Wirth, welcher der nationalliberalen Partei angehört, ist bekanntlich kürzlich wegen Urkundenfälschung zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Wir hatten aber den Vorfall schon früher einen Bericht gebracht, in welchem wir den Herrn Oberamtsrichter entschuldigten, und zwar auf eine Nachricht hin, die uns aus Württemberg zugegangen war, daß die Diätenlosigkeit als Reichstagsabgeordneter wohl die Schuld an jener Fälschung gewesen sein möge. — Darauf hin hat der edle Herr uns wegen Beleidigung verklagt; er verlangt sogar eine Entschädigungssumme von 2000 Mark, weil wir seinen Credit geschädigt hätten. Ein Mann, der wegen Urkundenfälschung verurtheilt ist, will noch von einer Creditschädigung sprechen! — So eben aber erfahren wir noch aus dem „Schwäbischen Merkur“, daß Herr Reichstagsabgeordneter und Oberamtsrichter Wirth am Sonnabend in seiner Heimath Rottweil verhaftet worden ist. Derselbe muß also noch mehr auf dem Kerkerholz haben, als die vier Wochen Gefängniß, die noch nicht einmal rechtskräftig sind.

— Unser Genosse Helbig, der frühere Redakteur des „Vorwärts“, ist am 1. Juni wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß, und am 4. Juni wegen Beleidigung des Kriegsministeriums zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Sieben Prozesse schweben noch gegen Helbig. — Dies zur Beruhigung des Herrn Lasker, der im Reichstage ausgesagt, daß die sächsischen Gerichte gegen die Sozialdemokratie nicht eifrig genug vorgehen.

— Genosse Ross ist in Chemnitz wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden; eine Woche Untersuchungshaft ist angerechnet worden. — Parteigenosse Klemich ist in Dresden am 3. Juni verhaftet worden; es soll sich um eine Untersuchung wegen Gotteslästerung handeln.

## Correspondenzen.

Königsberg i. Pr., 1. Juni 1878. Vorgestern Abends von 8½ bis gegen 11 Uhr fand hier im großen Saale des Knophs'schen Gemeindegartens eine zahlreich besuchte sozialdemokratische Volksversammlung statt, in welcher unter dem Vorsitz von Max Herbig das gegen die sozialdemokratische Partei vorgeschlagene Ausnahmegesetz und die dieses betreffende letzte Verhandlung im Reichstage eifrig und eingehend diskutiert wurde. — Gegen Schluß der Versammlung wurde ein Ufas vorgelesen, den die bekannte „Bernsteinfirma“ Stantien & Veder an ihre noch Tausenden zählenden Arbeiter in Opreußen vor wenigen Tagen erlassen hat. Derselbe lautet wörtlich:

„Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß von heute ab jeder auf unseren Etablissements beschäftigte Beamte oder Arbeiter, welcher einem sozialdemokratischen Vereine angehört, Versammlungen desselben veranlaßt, solchen beivohnt, oder sich irgendwie an sozialdemokratischen Agitationen betheiliget, sofort ohne jede Kündigung entlassen wird. Diefenigen Beamten und Arbeiter, welche sich diesen Bestimmungen nicht „unterwerfen“ wollen, können unser Geschäft innerhalb 14 Tagen verlassen.“

Schwarzert, 18. Mai 1878. Stantien & Veder.  
Man meint hier ziemlich allgemein, daß Staatsanwalt Hecht, der sozialdemokratischen Angelegenheiten ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen pflegt, event. Oberstaatsanwalt Stellmacher, im Hinblick auf § 6 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 (Rechte und Pflichten der Staatsanwaltschaft) und auf Grund der §§ 107 und 240 des deutschen Strafgesetzbuches gegen den Inhaber der Firma Stantien und Veder, der auch hier in Königsberg, Klapperviese 9 a ein großes Comptoir etablirt hat, einen Strafantrag stellen wird. Denn es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß in jener Verfügung Staatsbürger in der Ausübung des durch Verfassung und Gesetz garantierten Vereins- und Versammlungsrechts, wie in der Ausübung ihres Wahlrechts, also „durch Androhung mit einer strafbaren Handlung verhindert worden, in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen“ und ferner „durch Bedrohung mit einem — Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genöthigt“ werden. — In dem einen wie in dem anderen Falle ist schon „der Versuch strafbar.“

Berlin, 1. Juni. Vor Kurzem starb der aus der Gründerzeit hier wohlbekannte Dr. Mattner, in der Strafanstalt zu Plöbensee am — Typhus. Wie die hiesige „Volkszeitung“ schreibt, hat sich Dr. Mattner die Krankheit durch die schlechte Qualität des Wassers zugezogen. Die nachgesuchte Beurlaubung wurde zwar gewährt, kam aber zu spät, da der Erkrankte mittlerweile starb. Wie das genannte Blatt berichtet, macht die hinterbliebene Familie des verstorbenen Ex-Gründers es dem Gefängnißhärte zum Vorwurf, daß er nicht früher eine Beurlaubung des Gefangenen bewirkt hat. Dieser Todesfall ist in mancher Beziehung lehrreich. Erstens ist in einem Gefängnisse, in welchem Hunderte von Menschen bei kaum genügender und unbestimmbarer Ernährung eingesperrt sind, das Wasser so schlecht, daß es Krankheiten erzeugt, welche den Tod herbeiführen. Wer weiß, wie viele Menschen schon in Folge des Genußes des

schlechten Wassers gestorben sind, ohne daß ein Hahn darnach gekräht hätte, und es wäre vielleicht noch lange nichts in die Oeffentlichkeit gelangt, wenn nicht ein Ex-Gründer, also eine „angelebene“ und „geachtete“ Persönlichkeit, hier das Opfer wäre. Da der Mensch — selbst wenn er der größte Verbrecher ist — welcher eine Gefängnißstrafe zu erdulden hat, durch dieselbe nicht zum Tode oder dazu verurtheilt ist, an seiner Gesundheit Schaden zu leiden, sollte dafür bald gesorgt werden, daß der Uebelstand beseitigt werde. Sollte gesorgt werden — wenn man im „lieben deutschen Vaterlande“ für solche Angelegenheiten das nöthige Verständniß und — Geld hätte?! Deuteres braucht man bekanntlich für wichtigere Dinge: für den hauernden Säbel und die schießende Flinte. Zweitens erzieht man aus diesem Vorfalle, daß ein erkrankter Gefangener sofort beurlaubt wird, wenn um seine Beurlaubung nachgesucht wird. Wir erinnern uns, daß Deutler, der doch ebenfalls schwerkrank war, nicht einmal gegen eine hohe Caution beurlaubt wurde, obschon er bloß in Verwahrungshaft gehalten wurde, weil die zu erwartende Strafe noch nicht rechtskräftig war. Deutler war aber auch kein Grüber, sondern sozialdemokratischer Redakteur; er hat das Volk nicht um Tausende bestohlen, sondern war so frei, eine eigene Meinung zu haben und derselben Ausdruck zu geben.

## Der Allgemeine Gewerkschafts-Congreß,

welcher in Hamburg in den Pfingstfeiertagen stattfinden sollte, ist nun auch in letzter Stunde von der Hamburger Behörde untersagt worden. —

Demzufolge müssen wir die Abhaltung dieses Congresses bis auf eine günstigere Zeit vertagen. Aug. Kapell.

## Briefkasten

der Redaktion: J. D. in Wpoda: Ihr Vorschlag würde — und mit Recht — zu den weitläufigsten Disputationen führen. Ihre Voraussetzung, daß ein Mitglied (ein Arbeiter) des fraglichen Consumvereins für 200 Thlr. jährlich einzukaufen würde und konnte, ist ja den Thatfachen so wenig entsprechend, daß alle Ihre Schlussfolgerungen gleichfalls völlig in der Luft schweben. — S. Labian: Der 1. Berliner Wahlkreis ist damals allerdings auf die Leitartikel der „Volkszeitung“ „beruht“. — er hat Dr. Max Hirsch gewählt. Dana müssen Sie ins Auge fassen, daß wir ausdrücklich schon mehreremal hervorzuheben haben, daß wir die Fortschrittspartei nur solange noch persönlich angreifen werden, solange sie sich selbst mit Schimpftrichter bedient.

der Expedition: Jos. W. Rödmühl 54 Pf. kostet das Monatsabonnement bei der Post. Bei direktem Bezug per Kreuzband erhöht sich das Abonnement selbstverständlich um das Postporto für das Kreuzband. — H. Kp. Lübeck: Die Annonce des Gesangsvereins Eintracht kostet 50 Pf. mehr als Sie gefandt.

Quittung. De. Grotzsch Abon. 8.80. Thme hier Abon. 23.50. Dng. Hensburg Ab. 25.70. A. Christ St. Jüme Ab. 10.31. Stet. Kassel Ab. 15.00. Gromgth St. Louis Ab. 42.04. Phlmann Kachen Sdr. 5.00. Dnr Wien Ab. 5.00. Dmann Tadmienitz Ab. 1.70. Kw. Wlona Ab. 24.50. Schd. Straßburg Ab. 8.89. Schlr. Dresden Ab. 100.00. Effert hier An. 0.60. Maday Düsseldorf Ab. 5.00. Strf. Offenbach Ab. 23.14. Thier Ab. 4.03. Ghd. Gdmig Ab. 3.85. W. hier Ab. 0.50. Expedition des „Homb. All. Volksblatt“ Hamburg Ab. 200.00 u. 48.34. Hbr. Friedberg Ab. 30.00. L. Krlow Pansjowa Sdr. 8.30. J. Gldbrg Königsberg Sdr. 10.70. Drgm. Delitzsch Ab. 5.40. Krb. hier Abon. 8.55. Brigm. Röhhausen Ab. 2.50. Apracht Schweidnitz Ab. 5.00. Dngst Nordhausen Ab. 13.33. Kz. Lübeck An. 1.60. Krff. Wulferstedt Sdr. 1.00. Hfl. Eberichsdorf Sdr. 0.67. Ddr. Lipppringer Sdr. 5.00. Ernd. Barmen Sdr. 0.40. Wg. Ren-Allm Sdr. 0.89. Hten. Dberthormühle Sdr. 0.66. Lngt. Baden-Baden Sdr. 5.20. Wnn. Peisnig Sdr. 0.80. Hffir. Rannbe m Sdr. 0.40. Hchw. Schwerein Sdr. 0.71. Hndr. Rerich Sdr. 4.00. Hthm. Bern Sdr. 0.50. Hngst. Magdeburg Sdr. 0.65. Hsch. Jüterbog Sdr. 1.90. Hnd. Wnden Sdr. 1.85. Tnlba. Wlfeld Sdr. 1.90. Krlch. Jausigt Sdr. 1.50. Sdr. Herzberg Sdr. 1.00. Kbn. Kallwasser Sdr. 1.50. Pim. Reumünster Sdr. 1.75.

Den mit mir correspondirenden Parteigenossen zur Nachricht, daß ich von Bitterfeld abgereist bin; Befehle in Parteianglegenheiten sind an: Tammner in Bitterfeld, Rathswall Nr. 18 zu richten. Wache.

Meinen Freunden und Genossen zur Anzeige, daß ich in meinem neuen Wirkungskreise eingetroffen bin und meine Adresse nun lautet: P. Franz, „Philadelphia Tagblatt“ 50, North 7 street, Philadelphia Pa., Nordamerika.

## Fonds für die Gemafregelten.

Von G. St. in Langenan R. 250, gesammelt bei einem gemüthlichen Zusammensein beim Schmidt in Corde.

Forst i. L. Am 1. Pfingstfeiertag im Barth'schen Lokale: Grosses Pfingstfest bestehend in Gesang, Declamation und Theater arrangirt vom Gesangsverein „Singerbund“. Carre à Reizen 20 Pfg. Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. (Z. 122) Der Vorstand. [1,50]

Hannover. Den zweiten Pfingstfeiertag bei schönem Wetter: Morgen-Ausflug ins Holz.

Zusammenkunft bei Marten. H. Rudolph. 1,80] (3b)

Leipzig. Michael, Bindmühlenstraße 7: Doffentliche Sozialistenversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung der Weltausstellungen. Referent: W. Gasenelev. Der Agent. [60]

Lübeck. Gesangsverein „Eintracht“. (Z. 210) [1,50] Am 2. Pfingsttag, Morgens 6 Uhr, Lusttour nach dem Israelsdorfer Holz, unter Begleitung eines Musikchors von 10 Mann, wozu alle Freunde und Gönner ergeben eingeladen sind. NB. Versammlung vorm Burgthor am Rundthor. Das Comité.

Mainz-Gartenfeld. Sumpf in der Nähe von Gonsenheim und arrangirt von der sozial. Partei Mainz-Gartenfeld: [3,00]

Großes Waldfest. Programm: Feste, Musik und Volksspiele. Wozu wir alle Freunde und Parteigenossen der Umgegend freundlichst einladen. Die Vergnügungs-Commission.

Bei meiner Abreise und Ueberlieferung nach Göttha den Parteigenossen von Leipzig und Umgegend ein herzlichliches Lebewohl! Leipzig, 31. Mai 1878. Rudolph Seiffert.

Benachrichtigung. „Die Notiz des „Vorwärts“, Robiling sei Mitarbeiter der böhmischen antisozialistischen „Sozial-Correspondenz“ gewesen“ ist vollständig aus der Luft gegriffen. Robiling hat niemals eine Reise für die „Sozial-Correspondenz“ geschrieben. Dresden, den 4. Juni 1878. Dr. Böhmert.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Hübelsstraße 12 II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.